



Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher und
Klimaschutz IV E 13/ IV E 14-Ka
Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)
IV E 13/ IV E 14-Ka
Frau Beier-Bezırganoğlu
Herr Karatuzla

Tel. +49 30 9025-1429/-1447
petra.beier-
bezırganoglu@senumvk.berlin.de
kaan.karatuzla@senumvk.berlin.de
elektronische Zugangsöffnung
gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Rungestraße 29,
Zugang: Am Köllnischen Park 3,
10179 Berlin

17. Oktober 2022

**Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 5 Abs. 1 Umweltverträglichkeitsgesetz
(UVPG) für das Vorhaben „Neubau Ausgang I des U-Bahnhofs Zitadelle - U-Bahnlinie U7 -
(Projekt A27379)“**

AZ: IV E 1-PG-2021-0041

Antrag der BVG vom 28.09.2022

Verfahrensleitende Verfügung

Für das o.g. Vorhaben wird gemäß § 5 i.V.m. § 7 UVPG festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Begründung

Das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) ist gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 auf alle in Anlage 1 aufgelisteten Vorhaben anzuwenden. § 2 Abs. 4 Nr. 2 UVPG normiert, dass auch Änderungsvorhaben Vorhaben i.S.d. UVPG nach Maßgabe der Anlage 1 sind, sodass die Änderung einer bestehenden Straßenbahnstrecke den Tatbestand der Nr. 14.11 der

Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Rungestraße 29, 10179 Berlin

♿ barrierefreier Zugang über Am Köllnischen Park 3

Verkehrsanbindung: U2 Märkisches Museum; U8 Jannowitzbrücke, Heinrich-Heine-Straße; S3, S5, S7, S9 Jannowitzbrücke;

Buslinien 147, 165, 265 U-Bhf. Märkisches Museum

Berliner Sparkasse DE25 1005 0000 0990 007600

Postbank Berlin DE47 1001 0010 0000 058100

Bundesbank, Filiale Berlin DE53 1000 0000 0010 001520

Anlage 1 zum UVPG erfüllt und folglich der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 Abs. 3 i.V.m. § 7 Abs. 1 UVPG unterliegt.

Gemäß § 4 Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) gelten als Straßenbahnen auch Untergrundbahnen, die ausschließlich oder überwiegend der Beförderung von Personen im Orts- und Nachbarschaftsbereich dienen und nicht Bergbahnen oder Seilbahnen sind. Mithin fällt die Berliner U-Bahn unter den rechtlichen Status einer Straßenbahn nach PBefG, sodass der Einbau eines Ausganges in einen U-Bahnhof rechtlich als Änderung einer Betriebsanlage einer Straßenbahn zu beurteilen ist.

Für das vorliegende Vorhaben ist nach § 9 Abs. 3 Nr. 2 und § 7 Abs. 1 S. 1 i.V.m. Nummer 14.11 der Anlage 1 UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen, um zu ermitteln, ob die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können.

Sofern die geplanten Änderungen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen, besteht eine UVP-Pflicht.

Das Vorhaben hat den Einbau eines Ausganges zur weiteren Erschließung des U-Bahnhofs Zitadelle der Linie U7 (Richtungs- und Seitenbahnsteige) mit indirekter Verbindung von den Bahnsteigen zum öffentlichen Straßenland zum Gegenstand. Damit wird ein weiterer Zugang zum jeweiligen Bahnsteig zur Verbesserung der Fluchtwegesituation geschaffen.

Im Rahmen der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles wurde nach überschlägiger Prüfung der vorliegenden Unterlagen (Erläuterungsbericht, Pläne und Gutachten sowie der Stellungnahmen des Landesdenkmalamtes und der Wasserbehörde) und unter Berücksichtigung der in Anlage 3 aufgeführten Kriterien gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 UVPG von Amts wegen festgestellt, dass von dem Änderungsvorhaben nach § 9 Abs. 3 S. 2 i.V.m. § 7 Abs. 1 S. 3 UVPG keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären. Bei der Vorprüfung wurde des Weiteren berücksichtigt, inwieweit Umweltauswirkungen durch

Sprechzeiten
nach telefonischer Vereinbarung

E-Mail:

post@senuvk.berlin.de *

* Elektronische Zugangseröffnung gem. § 3a Abs. 1 VwVfG

Hinweis zur Information zum Datenschutz nach Art. 13 und 14

Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO):

<https://www.berlin.de/senuvk/service/formulare/de/datenschutz.shtml>

Internet

www.berlin.de/sen/uvk

die von der Trägerin des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden.

Betroffen sind folgende Schutzgüter:

Pflanzen nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 UVPG, Flächen/ Böden und Wasser nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 UVPG sowie kulturelles Erbe/sonstige Sachgüter nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 UVPG.

Baubedingt sind neun Bäume (4 Gelbe Gleditschien und 5 Stiel-Eichen) dauerhaft zu entfernen. Ersatzpflanzungen sind nicht vorgesehen. Der Ausgleich soll ausschließlich monetär auf der Grundlage einer Gehölzwertermittlung vorgenommen werden.

Dauerhaft werden für das Vorhaben 85 m² unbefestigte Sandflächen mit Gehwegplatten und Pflastermaterialien versiegelt und ebenfalls monetär ausgeglichen.

Die Bauarbeiten werden im Grundwasserbereich ausgeführt. Der zu erwartende höchste Grundwasserstand (zeHGW) liegt gemäß Umweltatlas der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz im Bereich des Bauvorhabens in einer Höhe von +31,30 m NHN. Die Aushubsohle der Trogbaugrube wird bei etwa +21,70 m NHN liegen. Im Zuge der Baugrubenherstellung sollen folgende Stoffe in das Grundwasser eingebracht werden: 530 m² Spundwand, 210 m³ Düsenstrahlsohle, 3,4 m³ Zementsuspension für 15 Stück Mikropfähle. Das Absenkziel innerhalb der Trogbaugruben liegt bei etwa +21,40 m NHN. Eine maximale Zuflussrate von 1,5 l/s auf 1.000 m² benetzter Fläche wird mittels regelmäßigen Pumpversuchen bis zum Erreichen der endgültigen Absenk-Ordinate nachgewiesen. Die Gesamtgrundwasserentnahmemenge beträgt etwa 25.900 m³. Im Einflussbereich der Grundwasserabsenkung sind keine grundwasserabhängigen Ökosysteme vorhanden.


Der U-Bahnhof Zitadelle ist in die Berliner Denkmalliste Nr. 09096870T,005 eingetragen. Insofern sind bei diesem Vorhaben Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege berührt, jedoch sind diese Beeinträchtigungen für das Schutzgut kulturelles Erbe/sonstige Sachgüter (Kulturgüter) nicht hinreichend gravierend, als dass sie eine UVP-Pflicht auslösen würden. Des Weiteren können die Beeinträchtigungen im Plangenehmigungsverfahren und in der Ausführungsplanung durch Auflagen des Landesdenkmalamtes vermindert werden.

Die Feststellung des Nichtbestehens der Pflicht zur Durchführung einer UVP gemäß § 5 Abs. 1 des UVPG ist der Öffentlichkeit ausschließlich über das zentrale Internetportal

(<https://www.uvp-verbund.de/be>) bekannt zu geben. Damit wird die nach § 5 Abs. 2 UVPG notwendige Bekanntgabe bewirkt.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 S.1 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Im Auftrag



Dr. Liemann

Stellv. Leiter der Planfeststellungsbehörde

Rechtsgrundlage

Personenbeförderungsgesetz (**PBefG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 822)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (**UVPG**) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147)